

# Hamburper Echo.

Das „Hamburper Echo“ erscheint täglich, außer Montags.  
Abonnementpreis (incl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringsgelt monatlich M. 1.20, vierteljährlich M. 3.00; durch die Störposterei wöchentlich 30 A frei ins Haus.  
Einzige Nummer 5 A. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 A.  
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Woberst in Hamburg.

Mittwoch, den 25. Mai 1904.

Anzeigen werden die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum mit 30 A.  
für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A berechnet.  
Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends).  
In den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.  
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

**Titel:** Süd-St. Pauli bei Carl Lemmow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Gimbsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Gimbsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannstr. 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Betereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgerort, Billwärder bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Elbe, Wandsbek und Singsdorf bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottenhof, Wahrenfeld bei Johannes Heine, Wahrenfelderstr. 140, Ottenhof.

## Trinkt kein boykottiertes Bier!

### Hierzu eine Beilage.

### Der Konservatismus und das allgemeine Wahlrecht.

(Einige geschichtliche Erinnerungen.)

Der elementare Ausdruck fanatischer Feindschaft des Mittelalters gegen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit allgemeiner Stimmgabe, über welchen jüngst aus dem preussischen Herrenhaus zu berichten war, darf als Beweis dafür genommen werden, daß der reaktionäre Geist immer taufte. Aber eine Lebensfrage haben die Mächtigen und Konsortien damit allen erfahrenen Politikern nicht bereitet. Denn diese wissen, daß der Konservatismus, besonders in Preußen, die Gleichheit im Wahlrecht niemals anerkannt hat. Nicht erst durch die Wahlreform des Sozialdemokraten ist er zur Feindschaft gegen dieses Recht gebracht worden, er hat in Gemäßheit seiner Grundzüge schon davor, als er in dem Reichstag des Jahres 1866, als es sich um die Errichtung eines Reichstages für den Norddeutschen Bund handelte, im Jahre 1866. Von den konservativen Organen und Wortführern wurde der leitende Staatsmann Graf von Bismarck, Schönhaufen, der nachmalige Reichskanzler, heftig angegriffen, weil er in der Wahlrechtsfrage „sein Programm des politischen Reformismus“ sich bekannte. Während die Zimmer und Zimmergenossen in Töne höchster sittlicher Entrüstung behandelten, Bismarck „verkündete die konservativen Prinzipien“, erklärte dieser, daß er im Gegenteil mit dem von ihm gewollten Wahlrecht durchaus dem Geiste des Konservatismus entspräche. Bereits in einer Situationsnote vom 24. März 1866 an den bayerischen Gesandten Prinzen Reuß\*) hatte er sich dahin geäußert:

„Direkte Wahlen und allgemeines Stimmrecht halte ich für größere Wirklichkeiten einer konservativen Haltung, als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten bedachtes Wahlgesetz. Nach meinen Erfahrungen sind die Massen erdlicher interessiert bei der Erhaltung staatlicher Ordnung, als die Führer derselben Klassen, die man durch die Einführung irgend eines Zensus in der aktiven Wahlberechtigung privilegieren möchte.“

Und am 19. April 1866 schrieb Bismarck an den Grafen Bernstorff nach London: „Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung ansprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Verhinderung der höchsten Gewalt mit den gebundenen Elementen, die den Kern des Volkes bilden, verbindet. Ich sehe nicht an, solche Wahlen für eines der wesentlichsten Hülfsmittel der Revolution zu erklären.“

Das schrieb, worauf wohl zu achten, Bismarck noch vor den Ereignissen des Jahres 1866, die zur Errichtung des Norddeutschen Bundes führten. Als dann im preussischen Abgeordnetenhaus das Projekt der neuen politischen Organisation zur Sprache kam, sagte (am 27. September 1866) der Minister von Meißner: „Das allgemeine, gleiche Stimmrecht zerlegt den Organismus des Staates in seine Atome, wie wenn wir die

einzelnen Glieder von unserem Leibe lösen wollten. Es enthält eine Unwahrheit und Ungerechtigkeit, indem es die männlichen Einwohner des Staates als gleich und gleichberechtigt hinstellt. ... Die geheime Abstimmung zerstört den berechtigten Einfluß der Güterbesitzer, der Pastoren auf dem Lande und der Fabrikbesitzer.“

Sieben Monate später, im März 1867, hatte der konstituierende Norddeutsche Reichstag zu Bismarcks Wahlrechts-Projekt Stellung zu nehmen. Bismarck erklärte hier ganz offen, „daß allgemeine, gleiche Wahlrecht sei dem konservativen Prinzip fürderlich“. Hiergegen wandte sich der Junker v. Below-Hohenborn; er sagte, dieses Wahlrecht werde „die materiellen Interessen in den Vordergrund drängen“. Und weiter: „Gleichzeitig tritt an den künftigen Reichstag die Forderung heran, staatsrechtliche, volkswirtschaftliche, finanzielle Fragen zu beraten und zu entscheiden, welche aber den großen Schichten der Bevölkerung, die durch das allgemeine Wahlrecht zur unbedingten Geltung kommen, unverständlich sind.“ Ein solch wertvolles Gut, wie das Wahlrecht, gelbte diese Schichten nicht; es werde der Demagogie und der politischen Leidenschaft einen weiten Spielraum eröffnen. „Ohne Gegengewicht und ohne schützende Garantie gehen wir unter Segel mit dem vollen Winde dieses allgemeinen Stimmrechts, welcher sich jeden Augenblick zu einem Sturm steigern kann, ohne den natürlichen Ballast der hohen Steuerpflicht, ohne den Ballast des Besitzes, welcher den Menschen an die gegebenen Staatsverhältnisse enge anschließt; — ohne diesen Ballast wollen wir mitten in die hohe See einer unbekanntem Zukunft hineinsteuern.“

Bismarck aber entgegnete: „Das allgemeine Wahlrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbteil der Civilisation der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen. Ich kenne kein besseres Wahlrecht. Oder wollen die Herren ein das preussische Dreiklassen-System? Wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe betrachtet hat, muß sagen: ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden.“

Das war am 28. März 1867. Ein Antrag der Konservativen auf Errichtung eines Oberhauses wurde vom konstituierenden Reichstage verworfen und in der Bundesverfassung wurde bestimmt: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit allgemeiner Abstimmung hervor.“

Die Stimmung, die bei den Wahlrechtsdebatten im konstituierenden Reichstage herrschte, charakterisiert der Historiker Sybel in seinem bereits zitierten Werte wie folgt:

„Was das allgemeine, gleiche Wahlrecht betraf, so zeigte sich die eigentümliche Erscheinung, daß die Mehrheit der Redner es für bedenklich, ja gefährlich, in seinen Folgen unberechenbar erklärte. ... Seit Lassalle's Kämpfe hatte sich die sozialistische Agitation gegen Kapital und Eigentum energisch geltend gemacht; genug, es war ihnen keine Freude, die bittere Pille zu schlucken. Aber sie schlugen!“

Und daran ist zu erinnern, daß, als die Zustimmung des preussischen Landtages zu der Einführung des allgemeinen Wahlrechts eingeholt wurde, der Kommissionsbericht des Unterparlamentes, des Herrenhauses, sich dahin ausließ:

„Die überwiegende Mehrheit der Kommission glaubte trotz der Bedenken, welche sich hier erhoben,

der Regierungsvorlage zustimmen zu müssen, indem es sich nur um ein Wahlgesetz ad hoc handelte, um einen einmaligen Versuch.“

Nur gezwungen, dem Willen Bismarcks sich fügend, stimmten die Konservativen — und wohl auch die meisten „Liberalen“ — diesem Wahlrecht zu in der Überzeugung, daß dasselbe nicht zu einer dauernden Institution werde. Von Anfang an ihm grundföhllich feind, hat der Konservatismus sich nie mit ihm auszusöhnen vermocht. Und diese Feindschaft wurde später und stärker, je mehr die Sozialdemokratie bei den Wahlen vordrang. Käme diese Partei nicht in Frage, hätten wir es mit der Tatsache zu tun, daß der Liberalismus auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erlarkt und ein erdlicher Liberalismus geblieben wäre, die Konservativen würden unter Hinweis auf ihn die „Schuldlosigkeit“ dieses Wahlrechts behaupten und dessen Beseitigung verlangen.

Im Verlaufe der letzten zehn Jahre erlebten wir bekanntlich in schneller Folge zahlreiche Angriffe konservativer Parteiführer und Organe gegen das geltende Wahlrecht. Diese Angriffe zu erklären, schrieb am 15. September 1895 die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die konservative Partei kam das bestehende Wahlrecht, das alle gefunden, natürlichen und berechtigten Autoritätsverhältnisse zerbricht, unumwunden grundföhllich aufzugeben oder für seine Ausdehnung einzutreten. Die prinzipielle konservativ Stellung zu dem allgemeinen Wahlrecht kam — so lange dieselben Grundelemente der Aufschwung und Ueberzeugungen das konservative Urteil bestimmen — nie eine andere sein, als sie angeht die Frage, ob dieses Wahlrecht in der deutschen Volksvertretung eingeföhrt werden solle, von Herrn v. Meißner-Megow am 17. September 1866 im preussischen Herrenhaus und von Herrn v. Below-Hohenborn im Jahre 1867 im konstituierenden Norddeutschen Reichstage bargelegt ist.“

Diesen Ausführungen hat damals die gesamte konservative Presse, die „Kreuzzeitung“ voran, zugestimmt. Der Konservatismus war stets, ist und bleibt ein geschworener Feind des allgemeinen Wahlrechts.

### Druckfehler-Berichtigung.

Im Heftartikel der „Hingst“-Nummer ist in Spalte 2, in der 2. Zeile des 2. Absatzes zu lesen reide (statt „weise“).

### Von der Weltbühne.

Neue Hoffnungen für die national-liberale Partei schloß die „Nationalzeitung“ aus dem Wahlergebnis in Frankfurt-Leibniz, wo Herrmann mit Hilfe der antimilitaristischen Gruppe gewählt worden ist. Dieser Sieg, der erklärtermaßen irgend eine rechte Zielbestimmung der Sieger aufkommen läßt, lenkt die Hoffnungen des national-liberalen Lagers nach anderer Seite, nämlich nach Schwärmer-Bismar, wo im vorigen Jahre der frühere national-liberale Vertreter Wähling ausfiel und in der Stichwahl mit der Sozialdemokratie der konservativen Dröschner gewählt wurde. Wie bekannt, hat die Wahlprüfungskommission diesen Mandat für ungültig erklärt und das Plenum des Reichstages wird zweifellos diesem Beschlusse zustimmen. Bei dieser Lage so nennt die „Nationalzeitung“ die national-liberale Partei „begründete Aussicht“, einen weiteren vorzudringen, aber aus früheren Legislaturperioden (den Herr Wähling) wieder in den Reichstag einzutreten zu sehen. Dröschner sei nur mit geringer Mehrheit über Wähling in die Stichwahl gelangt und habe auch nur mit geringer Mehrheit in der Stichwahl über den Sozialdemokraten gesiegt. Daraus sieht das national-liberale Lager die günstigen Aussichten für seine Partei

erhoffen. Es schreibt über den konservativen Kandidaten und die Situation bei der Wahl:

„Wir haben im letzten Jahre aus einwandsfreier Quelle Mitteilungen gemacht über die merkwürdige Art und Weise, wie sich Herr Dröschner zum Wahlrechtshandbaken durchgemauert hat. Er galt früher in den Kreisen seiner Bekannten allgemein als Liberaler und beteiligte sich auch an politischen, teilweise internen Verhandlungen der Liberalen. Um so größer war die Ueberraschung, als Herr Dröschner plötzlich von den Konservativen und dem Bunde auf den Schild erhoben wurde. Die Niederlage Wählings war ein Zufall. Von manchen Seiten wird nicht mit Unrecht behauptet, daß die National-liberalen selbst nicht ganz ohne Schuld gewesen seien, da infolge eines zu starken Geföhls der Sicherheit der Eifer an der Agitation allerseits recht viel zu wünschen übrig gelassen habe. Es wird den Parteigenossen von Schwärmer-Bismar in wenigen Monaten Gelegenheit gegeben sein, die Ehre von Dröschner wieder auszuwaschen. Selbstverständlich dürfen wir den Wahlsatz in Schwärmer-Bismar keineswegs sentimental als höchsten im Hinblick auf die konservative Unternehmung Wählings in Frankfurt a. D. die Oberhand gewinnen. In Altona haben die Konservativen mit liberaler Hilfe, in Frankfurt die Liberalen mit konservativer Hilfe ein sozialdemokratisches Mandat zurückerobert. In Schwerin handelt es sich um agrar-konservativen Besitzstand, und es kam auch von konservativer Seite den 1903 mit kaum einem Duzend Stimmen im Hinterhof verbliebenen National-liberalen nicht zugemutet werden, etwa Herrn Dröschner als Kandidaten schon im ersten Wahlgange zu unterstützen. Die Sozialdemokratie hat ungenügend der letzten Wahl, die sie nicht bei allen Wahlgängen gemocht hat, keinerlei Rücksicht in Schwerin einen Sieg zu erröchten. Allerdings haben die Gegner der Sozialdemokratie in beiden Parteien energisch ihre Pflicht zu erfüllen. Dies schließt aber einen anständigen Wettbewerb zwischen dem liberalen und dem konservativen Kandidaten für die Hauptwahl nicht aus. Von vornherein muß selbstverständlich daran festgehalten werden, daß die unterliegende bürgerliche Gruppe zur Stichwahl unbedingt Parole für den Kandidaten der siegreichen Partei ausgeben.“

Wähling nicht daran, daß mit dieser Zahl der Wahlkreis der Sozialdemokratie am besten vorzuziehen werden kann, allerdings zweifeln wir auch daran nicht, daß bei richtiger Tätigkeit seiner Freunde der national-liberale Kandidat Wähling als empfindlicher Sieger aus dem Wahlsatze hervorgehen wird.“

In der Praxis des kommenden Wahlsatzes dürfte sich erweisen, daß diese hübsche Rechnung doch ein Loch hat. Die Sozialdemokratie soll keine Aussicht auf Erfolg haben, weil sie bei den letzten Wahlen „schlechte Geschäfte“ gemacht hat. Wie es damit in Wirklichkeit steht, haben wir bei den einzelnen Wahlen bargelegt. Es ist im wesentlichen die Lage in der alten Wählerliste, die es nicht zuzulassen, daß der unausbelebte Wähler in Schwerin-Wismar wird aber auf keinen Fall mehr vor dem 16. Juni vorgenommen werden können; es werden also nur Wählerlisten auszufüllen sein. Und da dürfen die aus den letzten Wahlen die Sozialdemokratie ungenügend bedauerten Ergebnisse der nächsten Wahlen der Gegner doch einen argen Stoß erhalten. Das ganze Regenerum der „Nationalzeitung“ läßt auf der geringen Stimmendifferenz zwischen Dröschner und Wähling: 6739 gegen 6704. Unter Geröste Grob aber erlangte 10 380 Stimmen und brachte es in der Stichwahl auf 11 607, während Dröschner 11 730 erhielt. Nun ist es ja keineswegs ausgeschlossen, daß die National-liberalen bei der kommenden Wahl die Konservativen überholen; aber damit haben sie sich nicht geföhrt. Im Gegenteil rechnen wir sehr stark darauf, daß die sozialdemokratische Stimmzahl sich fast verdreifachen wird, wenn es wieder ein neuer Wahlgang nicht ausgeschlossen wäre. In der nachherigen Wahl werden selbstverständlich alles daran setzen, um den Sieg zu erröchten. Ebenfalls aber dürfte der Wahlsatz in Schwerin-Wismar die neuerdings wieder aufgetauchte Hoffnung auf den empfindlichen Rückgang der Sozialdemokratie erheblich erschüttern.“

Gegen die Wahl Wählings in Frankfurt-Leibniz wird, wie Berliner Blätter schon zu berichten wissen, seitens unserer Genossen, wie auch wahrscheinlich

seitens der Wirtschaftlichen Vereinigung Protest eingelegt werden. Der Protest wird in seiner Bekundung sich an die Kommission des Reichstages und an die Wahlprüfungskommission des Reichstages und des Plenums des Reichstages bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl in Altona anlehnen. Die Bitte des Protestes umföhrt schon jetzt über ein Duzend Punkte, die sich sowohl auf die Hauptwahl, als auch auf die Stichwahl sowie auch auf die Vorgänge während der Wahlbewegung beziehen.

Die Reichstagswahl in Straßburg-Land, die am Sonntag vollzogen wurde, hat auch wiederum kein definitives Ergebnis gebracht. Es wurden 17 580 Stimmen abgegeben; davon erhielten Karl Schaub, Redakteur in Straßburg (Katholik-Partei) 8225, Dr. Daniel Lumenthal, Rechtsanwalt in Solmar (Demokrat) 7876 und Laurent Meyer, Schreiner in Straßburg (S.D.) 1479 Stimmen. Amstgen Daus und Lumenthal hat also Stichwahl festzusetzen.

Das Resultat stellt sich für Lumenthal, dessen Mandat bekanntlich für ungültig erklärt wurde, günstiger als im Vorjahre. Damals fanden bei der Hauptwahl 6898 Stimmen für Lumenthal 8304 für den liberalen Gegner und 3097 sozialdemokratische Stimmen gemindert. Bei der Stichwahl siegte Lumenthal mit 9442 über 9063 Stimmen. Lumenthal hat also fast 1500 Stimmen gewonnen, während Schaub 80 Stimmen verlor. Der Gewinn Lumenthal's bedarf sich ungefähr um dem Verlust an sozialdemokratischen Stimmen. Es kann wohl angenommen werden, daß ein Teil der sozialdemokratischen Stimmgeber vom vorigen Jahre jetzt gleich im ersten Wahlgange für Lumenthal gestimmt hat, um die Stichwahl zu verhindern. Das ist zwar nicht sicher, aber aus der Situation, die für die Sozialdemokratie absolut keine Chancen bot, zu erklären.

Der preussische Handelsminister Müller hält weiter festzulegen, um den Untertanen gute Leben zu erfüllen, wie sie die Blüte der deutschen Industrie fördern können. Am Freitag sprach er auf einem Empfangsständchen in Barmbrunn. Der Inhalt dieser Rede ist im wesentlichen von Interesse, weil sie sich im unmittelbaren Widerspruch mit den wirtschaftspolitischen Daten des preussischen Ministeriums befindet. Der Minister verweist auf den Gegensatz zwischen der Entwicklung der Industrie in England und in Deutschland und die Gefahren einer Unvollständigkeit der Gütererzeugung in einer bestimmten Gegend. Dann fährt er fort:

„Mannigfaltigkeit der Industrie genöhrt eine sichere Grundlage für eine blühende Wirtschaft. Voraussetzungen sind die Vertriebenheit und Arbeitsamkeit des Volkes. Und diese schließliche Gebirgsbedingungen sind nicht in großer Umlänge durch die Arbeitskraft zu verhüten, dahin wird heute von allen Seiten mit Recht gedröhrt, es ist aber davor zu warnen, hierin das richtige Maß zu überschreiten. Deutschland ist durch Gleich und Arbeit, besonders seiner Kaufleute, groß geworden und in Deutschland Arbeitskraft steht heute Ueberflüssigkeit über andere Nationen und wir sollen uns deshalb hüten, allzusehr die Arbeitsmöglichkeiten einzuschränken. Arbeit zwingt den Menschen viel weniger als Laune. In Preußen sind wir in der Zukunft darüber hingehen, aber wir dürfen uns keiner Föhnung nicht des Einzelnen, sondern der ganzen Nation in Handel und Industrie in den nächsten Jahren nicht leicht sein wird. Immer neue Nationen finden sich auf dem Weltmarkte ein, das Absatzgebiet aber wächst nicht. Wenn die heute herrschende Geisteshaltung, das Bestreben, die Grenze abzurufen, noch weiter wächst, kann es uns mit der Zeit schief gehen. Englands Wohlstand ist bereits zurückgegangen, weil das Land durch die Spezialisierung der Industrie dahin gekommen ist, Maschinen zu fabricieren, die neuen Industrievölker aber diese Maschinen selbst herstellen und der Zufuhr aus England absehen können. Darin liegt für England eine Gefahr. Englands Statistik weist nach, daß die Anzahl der Wohlhölse zwar noch wächst, aber die der Fertighölse bereits sinkt. Umgekehrt ist die Entwicklung bei uns und nur auf dem ungenügenden Wege können wir zum Ziele ge-

### Kraft.

Roman von Iris Mauthner.

Sie blieb ruhig und festgeöhnt lächelnd bei ihren Angaben. Erst auf die merkwürdige Frage des Vereidigten, warum sie auf ihrem Spaziergang gerade den Weg über dieses Feld eingeschlagen hätten, was sie dort zu suchen gehabt hätten, starrte die Zeugin mit dem Fuß auf und befragte sich beim Präsidenten über den Advokaten, der sie hineinlegen wollte. Sie ließ sich aber beruhigen und sagte aus, bei Nacht und mit seinem Geföhnen gehe man eben nicht immer auf der Straße, sondern woher man wolle. Der Herr Advokat gehe dann wahrscheinlich auch nicht auf der Straße.

gefahren Form hatte der Sachverständige den Versuch glücklich ausgeführt.

In der Nachmittagsession kam es zu der unbedenklichen und unheimlichen Vernehmung der Frau Vertha Schöde. Die ammutige, schwarz gekleidete Dame wurde vom Präsidenten mit ausgeföhnter Höflichkeit behandelt. Als sie über ihre Beziehungen zu Herrn und Fräulein Schöde machte, und selbst die Frage, ob er ihr Verhältniß gewesen sei, nicht mit einem entsetzlichen Zuckern beantwortet hatte, da schloß der Staatsanwalt, und erst der Vereidigte beachte sie zu einer etwas bestimmten Aussage.

Aber Einzelheiten aus ihrem letzten Gespräch mit Herrn und Fräulein Schöde hatte jede Erinnerung an diese letzte Stunde verloren. Der Staatsanwalt schloß sich dabei beruhigen zu wollen und annehmen, daß Frau Vertha Schöde das Gedächtnis an jenen Tag wirklich eingeschloß habe, und daher auch nicht mehr wisse, ob Herr und Fräulein Schöde gewesen sei oder nicht. Zwei Gerichtsärzte gaben die Möglichkeit solcher partiellen Gedächtnisverlusten zu.

Gegen diese Auffassung wandte sich der Herr Vertha sehr lebhaft. Er betraute die Möglichkeit einer so tiefen Gedächtnisverlust, und sagte, daß er nicht wieder mit seinen Fragen harrte zu. Sie verlangte einmal nach Wasser, und der Präsident hat den Vereidigten, schmerzliche Worte zu gebrauchen. Frau Vertha aber schüttelte den Kopf und verlangte rüchlos, daß die Briefe verlesen würden, welche Herrn und Fräulein Schöde in der Hand dieser Zeugin besessen hätte. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück und erklärte, die Briefe würden nicht verlesen werden. Nach dem Protokoll des Untersuchungsrichters sei in ihnen durchaus nichts enthalten, als der Beweis, daß die Zeugin dem Ermordeten ihre Neigung geöhnt habe. Diese Tatsache stelle die Zeugin nicht in Verlegenheit. Die Verlesung der Briefe hätte also mit dem Prozeß nichts zu tun. Auch die Antikörper des Vereidigten, er werde behaupten, daß der Ermordete mit Hilfe dieser Briefe als Erpresser gegen die unglückliche Frau

vorgegangen sei, anbere nichts an den Beschloßen des Gerichtshofes. Da ließ der Herr Vertha diesen Gegenstand fallen, und aus neue durch weitere Fragen festzustellen, daß Frau Schöde unter ihrem Eide ganz wohl sich alles erinnern, wonach man frage, und dreimal in immer verschiedener Form ließ er sich von Frau Schöde bestätigen, daß Herr und Fräulein Schöde bei ihm gewesen seien, und nicht wieder gelommen sei. Als der Staatsanwalt darauf noch einmal den Sachverständigen für Gedächtnisverlusten — was von Vertha nicht als Bedenken, sondern, da überaus viele mit voller Bestimmtheit gelassen sei. Er habe die günstige Frau sehr beflissen verlassen. Diese habe von Herrn und Fräulein Schöde nach ihm ausgeföhnt. Das Bismarck sprach sich über Herrn ungenügend aus. In der letzten Unterredung habe er so gewissenhaft gesöhnt gesprochen, und die gnädige Frau habe geöhnt. Als die gnädige Frau dann von seiner Ermordung in der Zeitung las, habe sie zuerst geschrieben wie eine Verzweifelte, und sich auf die Erde geworfen. Von dieser Stunde an sei sie aber immer sehr ruhig gewesen. Frau Schöde mußte auf Wunsch der Verteidigung die Angaben des Wahlsatzes bestätigen.

Der Staatsanwalt war sich auf das letzte Blödsinn geföhnt, und die Richter erwarteten nach dem Namen der Zeugin plötzliche Entschloßen und einen unbedenklichen Stand für die Haupturteil. Aber die Verteidigung hielt Wort und führte die Verhandlung in stillschweigender Verabredung mit dem Staatsanwalt und Gerichtshof so, daß immer nur das Urteil des Zeugen über Herrn und Fräulein Schöde, gar nicht gesagt oder nur leise getreißt wurde. Trotzdem war es, wenigstens nach den Darstellungen der Zeuginen ein sensationeller Tag.

\*) Abgedruckt in: D. Sybel, Begründung des Deutschen Reiches. IV. Bd. S. 317 ff.